Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Landtag, 2. Kammer - digitalisiert

Baden / Ständeversammlung

Karlsruhe, 1819 - 1933

7. Sitzung (07.03.1919)

urn:nbn:de:bsz:31-28868

Visual Library

haltskommission zurückverwiesen zwecks Stellungnahme zu dem Antrag Schneider u. Gen.

Dagegen wird gemäß dem Wunsche des Herrn Finanzministers sofort in die Einzelberatung der Ausgaben im II. Nachtrag zum Staatsvoranschlag eingetreten und werden demgemäß die Ausgabe-Titel und -Paragraphen der Reihe nach aufgerufen. Dazu ergreift niemand das Wort.

Bei der nunmehr folgenden Abstimmung werden entsprechend dem Kommissionsantrag sämtliche Ausgabeposten einstimmig genehmigt.

Die Erledigung der Einnahmen und die Einzelberatung der Petitionen soll mit der Erledigung des Steuergesetzes verbunden werden.

Es folgt

Ziffer IIa der Tagesordnung: Gesetzentwurf über die Deckung des durch Notstandsarbeiten entstehenden außerordentlichen Staatsbedarfs (Drucks. Nr. 14).

Abg. Seubert erstattet namens der Haushaltskommission mündlichen Bericht und stellt den Antrag,

dem Gesetzentwurf in der Fassung der Regierungsvorlage die Zustimmung zu erteilen.

In der allgemeinen Beratung ergreift nur Finanzminister Dr. Wirth das Wort.

Die allgemeine Beratung wird geschlossen. Das Schlußwort wird nicht begehrt.

In der Einzelberatung, in welcher der Präsident Überschrift und Einleitung sowie die 6 Paragraphen des Gesetzentwurfs aufruft, ergreift niemand das Wort.

Bei der hierauf folgenden namentlichen Abstimmung wird der Gesetzentwurf entsprechend dem Kommissionsantrag einstimmig angenommen (86 Stimmen).

Hierauf wird abgebrochen.

Die nächste Sitzung wird festgesetzt auf morgen

Freitag den 7. März 1919
vormittags 9 Uhr

mit der Tagesordnung:

(s. Eingang des Protokolls der nächsten Sitzung.)

Schluß der Sitzung nach 1 Uhr.

Zur Beurkundung:

Der Präsident:
Kopf.

Die Schriftführer:
v. Gleichenstein.
Weber.

Der II. Vizepräsident:
Muser.

---

7. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, den 7. März 1919.

Gegenwärtig:

als Vertreter der Regierung: Präsident Geiß, Minister für Übergangswirtschaft und Wohnungswesen Marxloff, Justizminister Marum, Minister des Kultus und Unterrichts Stockinger, Finanzminister Dr. Wirth, Geh. Oberfinanzrat Moser und Geh. Oberbaurat Wolpert; sodann die Mitglieder des Hauses mit Ausnahme der Abgg. Dietrich, Duffner, Jost, Kieslich, Saenger, Strobel, Trunk, Venedey und Vogel.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten Kopf, des I. Vizepräsidenten Remmele und des II. Vizepräsidenten Muser.

Tagesordnung:

I. Fortsetzung der Beratung über

a. die Wünsche um Bewilligung neuer Teuerungszulagen und zwar:

1. Entschließung einer Versammlung von Eisenbahnern in Mannheim samt Nachtrag,

2. Eingaben der Vereinigungen der oberen Beamten in Heidelberg und Umgebung sowie in Mannheim und Freiburg;

b. den Gesetzentwurf, die Steuererhebung für das Jahr 1919 betr. (Drucks. Nr. 16, Antrag s. Drucks. Nr. 16a);

c. den II. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für 1918 und 1919 (Drucks. Nr. 17), **Einnahmen,**

Berichterstatter Abg. Goehring,

und damit in Verbindung:

mündlicher Bericht der Haushaltskommission und Beratung über

*) d. **die Petition des Badischen Eisenbahnerverbandes um nachträgliche Gewährung der einmaligen Teuerungszulage mit Stichtag 1. September 1918 an die im Heeresdienst gestandenen Beamten und Arbeiter.**

Berichterstatter Abg. Goehring.

II. Begründung und Beantwortung der Interpellationen

a. **der Abgg. Engelhardt u. Gen., den Eisenbahnbau und die Arbeiterfrage (Bahn Oppenau—Griesbach) betr.** (Drucks. Nr. 4 a),

b. **der Abgg. Kiefer u. Gen. im gleichen Betreff [Bahnhöfe Emmendingen und Freiburg-Höllental]** (Drucks. Nr. 4b),

**) c. der Abgg. Müller-Karlsruhe u. Gen., den Eisenbahnbetrieb und die Arbeiterfrage betr. (Drucks. Nr. 5),

d. **der Abgg. Roesch u. Gen., die Wohnungsfrage betr.** (Drucks. Nr. 10).

*) Punkt I d steht nicht auf der ausgegebenen Tagesordnung (s. Text des Protokolls).

**) Punkt II c wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Die Sitzung wird eröffnet um ¼10 Uhr.

I. Teil (vormittags).

Es werden zunächst folgende Eingänge bekanntgegeben:

a. Urlaubsgesuche der Abgg. Jost, Kieslich und Strobel wegen dringender Abhaltung.

Der Urlaub wird bewilligt.

b. Petitionen:

1. Gleichlautende Eingaben des Deutschen Buchdruckerverbands, Gruppe Baden-Baden, des Verbands der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands, Gruppe Baden-Baden, des Zentralverbands der Steinarbeiter, Gruppe Dossenheim, des Deutschen Metallarbeiterverbands, Gruppe Freiburg, des Verbands des deutschen Verkehrspersonals, Gruppe Freiburg, des Verbands der Büroangestellten Deutschlands, Gruppe Heidelberg, des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Gruppe Heidelberg, der Vereinigung der Zimmerer, Gruppe Kirchheim, des Deutschen Tabakarbeiterverbands, Gruppe Offenburg, mit Entschließungen in Betreff der sozialen Notlage, sowie Eingabe der Vorsitzenden einer von etwa 12 000 Personen besuchten Versammlung in Karlsruhe mit einer Entschließung in gleichem Betreff;

2. Bitte des Gemeinderats Kirchzarten um Befreiung dieser Gemeinde von der nun schon 2½ Jahre dauernden ständigen Einquartierungslast.

Die Eingaben unter b gehen an die Petitionskommission.

c. Sonstiges:

1. Eingabe des Evangelischen Pfarramts Strümpfelbrunn mit der Entschließung einer Versammlung daselbst und mit Unterschriften zahlreicher Personen aller Konfessionen aus der Umgebung in Betreff der Haltung unserer Gegner in der Waffenstillstandsfrage, insbesondere der Gefangenenbefreiung.

Wird mit Bezug auf die am 31. Januar d. J. gefaßte eigene Entschließung der Nationalversammlung einstweilen als erledigt angesehen.

2. Schreiben der Bad. Landwirtschaftskammer vom 25. Februar mit dem Bericht über die Tätigkeit der letzteren im Kriegsjahr 1917 und über die Verhandlungen der 12. Vollversammlung im April 1918.

Der Bericht wird verdankt und im Archivariat aufgelegt.

3. Interpellation der Abgg. Horter u. Gen., den Schutz der bei Bauten beschäftigten Arbeiter betr.

Gelangt zum Druck (Drucks. Nr. 7 c) und geht zunächst an die Regierung.

(Weitere Eingänge s. zu Beginn des II. Teils und am Schlusse des Protokolls.)

Hierauf wird in die

Tagesordnung

eingetreten und zwar:

I. Fortsetzung der Beratung über die Wünsche um Bewilligung neuer Teuerungszulagen, den Gesetzentwurf betr. Steuererhebung 1919 (Drucks. Nr. 16) und den II. Nachtrag zum Staatsvoranschlag für 1918 und 1919 (Drucks. Nr. 17).

Im Einverständnis des Hauses wird die Behandlung der in der gestrigen Sitzung verkündeten Petition des Badischen Eisenbahnerverbandes um nachträgliche Gewährung der einmaligen Teuerungszulage mit Stichtag 1. September 1918 an die im Heeresdienst gestandenen Beamten und Arbeiter mit diesem Punkt der Tagesordnung verbunden.

Zur Berichterstattung darüber sowie über den Zusatzantrag der Abgg. Schneider-Heidelberg u. Gen. zu dem Gesetzentwurf über die Steuererhebung im Jahr

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

1919 (vergl. Prot. der 5. und 6. Sitzung) erhält zunächst das Wort der Abg. Goehring. Nach Darlegung des Sachverhalts stellt er im Namen der Haushaltskommission den Antrag:

a. den beantragten Zusatz zu dem Gesetzentwurf über die Steuererhebung für 1919 mit dem Wortlaut: „Für die Zwecke der Gemeindebesteuerung kommt dieser weitere Zuschlag nicht in Betracht" als Zusatz zu dem ersten Absatz (Ziff. 1) anzunehmen,

b. über die Petition des Badischen Eisenbahnerverbandes zur Tagesordnung überzugehen.

Hierauf nehmen zu b der Abg. Müller-Karlsruhe und Verkehrsminister Rückert das Wort; zu a wird das Wort nicht begehrt.

Die Beratung wird geschlossen. Auf das Schlußwort wird verzichtet.

Der Antrag Schneider u. Gen. und die ganze Ziff. 1 des einzigen Paragraphen des Gesetzentwurfs werden entsprechend dem Kommissionsantrag einstimmig angenommen, ebenso bei dem nun folgenden Aufruf derselben die Ziff. 2 und 3 und bei der namentlichen Abstimmung auch der ganze Gesetzentwurf mit allen (75) abgegebenen Stimmen.

Es folgt

Fortsetzung der Einzelberatung über den Nachtrag zum Staatsvoranschlag für 1918 und 1919.

Der Präsident ruft die drei in Frage kommenden Einnahmeposten unter Hauptabt. V Titel III §§ 1, 2, Titel V § 2 nacheinander auf. Niemand ergreift das Wort; der Kommissionsantrag auf Genehmigung aller Einnahmen wird einstimmig angenommen.

Ohne Debatte werden ferner nach dem Antrag der Kommission:

1. die Entschließung einer Versammlung von Eisenbahnern in Mannheim,
2. die Eingaben der Vereinigungen der oberen Beamten in Heidelberg und Umgebung sowie in Mannheim,
3. der mit Eingabe des Verbandssekretärs Heini vom 7. Februar 1919 eingereichte Nachtrag zu Ziff. 1,

4 a. der erste Punkt der Eingabe des Ausschusses des Vereins der Oberbeamten in Freiburg

durch die Vorlage des II. Nachtrags zum Staatsvoranschlag für 1918/19 für erledigt erklärt,

4 b. der zweite, dritte und vierte Punkt der letztgenannten Eingabe (vergl. Prot. der vorigen Sitzung) der Regierung als Material überwiesen,

5. über die Petition des Badischen Eisenbahnerverbandes um nachträgliche Gewährung der einmaligen Teuerungszulagen an die im Heeresdienst gestandenen Beamten und Arbeiter zur Tagesordnung übergegangen.

Es folgen:

Ziffer IIa, b der Tagesordnung: Interpellationen Engelhardt u. Gen. sowie Kiefer u. Gen., den Eisenbahnbau und die Arbeiterfrage (Bahn Oppenau—Griesbach und Bahnhöfe Emmendingen und Freiburg-Höllental) betr. (Drucks. Nr. 4a und 4b),

welche mit Zustimmung des Hauses gleichzeitig behandelt werden. Zur Begründung der Interpellationen erhalten das Wort die Abgg. Engelhardt und Heurich, zur Beantwortung Verkehrsminister Rückert.

In der gewünschten Besprechung ergreifen das Wort die Abgg. Ziegelmaier-Oberkirch, Müller-Schopfheim, Belzer, Horter, Spang, Schneider-Emmendingen, Goehring, Fischer-Meißenheim, Geck, Verkehrsminister Rückert, Geh. Oberbaurat Wolpert.

Die Besprechung wird geschlossen. Abg. Heurich erhält das Schlußwort, während Abg. Engelhardt darauf verzichtet.

Ziffer IIc der Tagesordnung: Interpellation Müller-Karlsruhe u. Gen., den Eisenbahnbetrieb und die Arbeiterfrage betr.,

wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Es folgt

Ziffer IId: Interpellation Roesch u. Gen., die Wohnungsfrage betr.

Zur Begründung erhält das Wort Abg. Hahn, zur Beantwortung Minister für Übergangswirtschaft und Wohnungswesen Marxloff.

Präsident Kopf hat den Vorsitz während der Ausführungen des Abg. Hahn an den I. Vizepräsidenten Remmele abgegeben und während der Rede des Ministers Marxloff ihn wieder übernommen.

In der sich anschließenden Besprechung der Interpellation erhalten das Wort: die Abgg. Ziegelmaier-Oberkirch, Blase, Dr. Leser.

Die Sitzung wird hier um 1 Uhr unterbrochen.

II. Teil (nachmittags).

Nach Wiederaufnahme der Sitzung um ½4 Uhr unter dem Vorsitze des II. Vizepräsidenten Muser werden zunächst folgende Eingänge bekanntgegeben:

a. Verhinderungsanzeigen des Präsidenten Kopf und des Abg. Rausch (dringende Berufsgeschäfte);

b. Interpellation der Abgg. Dr. Koenigsberger u. Gen., die Reform der Universitätsverfassung betr.

Diese gelangt zum Druck (Drucks. Nr. 19) und geht zunächst an die Regierung.

In Fortsetzung der Besprechung der Interpellation Roesch u. Gen. betreffs der Wohnungsfrage erhalten das Wort die Abgg. Mayer-Karlsruhe, Otto, D. Holdermann, Richter, Heurich, Horter sowie Minister für Übergangswirtschaft und Wohnungswesen Marxloff.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Hierauf wird ein Antrag der Abgg. Geck, Dr. Bernauer und Dr. Glockner auf Schluß der Debatte angenommen und die Besprechung geschlossen.

Zu einer persönlichen Bemerkung und einer Erklärung darauf erhalten noch das Wort Abg. Ziegelmaier-Oberkirch und Minister Marxloff.

Der Vorsitzende gibt sodann noch den Eingang einer Eingabe des Leiters einer am 3. März in Durlach stattgehabten Versammlung mit einer Entschließung in Betreff der sozialen Notlage, sowie der Vereinigung aller dem kaufmännischen und technischen Berufe angehörenden Standesgenossen der Gruppe Offenburg, gleichen Betreffs, bekannt.

Diese Eingaben gehen an die Petitionskommission.

Die nächste Sitzung wird festgesetzt auf

Mittwoch den 12. März 1919
nachmittags 4 Uhr

mit der Tagesordnung:

(s. Eingang des Protokolls der nächsten Sitzung.)

Schluß der Sitzung ½6 Uhr.

Zur Beurkundung:

Der Präsident: Kopf.
Der I. Vizepräsident: Remmele.
Der II. Vizepräsident: Muser.

Die Schriftführer: Karl. Roesch.

---

8. öffentliche Sitzung.

Karlsruhe, den 12. März 1919.

Gegenwärtig:

als Vertreter der Regierung: Präsident Geiß, Minister des Innern Dr. Haas, Minister für Übergangswirtschaft und Wohnungswesen Marxloff, Justizminister Marum, Verkehrsminister Rückert, Minister des Kultus und Unterrichts Stockinger, Ministerialdirektor Staatsrat Weingärtner und Geh. Oberregierungsrat Kamm; sodann die Mitglieder des Hauses mit Ausnahme der Abgg. Dietrich, Duffner, Otto, Saenger, Trunk und Dr. Wirth.

Unter dem Vorsitze des Präsidenten Kopf.

Tagesordnung:

1. **Begründung und Beantwortung der Interpellation der Abgg. Müller-Karlsruhe u. Gen., den Eisenbahnbetrieb und die Arbeiterfrage betr.** (Drucks. Nr. 5).
2. **Mündlicher Bericht der Kommission für Justiz und Verwaltung und Beratung über den Gesetzentwurf, die Änderung der Gemeinde- und Städteordnung betr.** (Drucks. Nr. 11 a), **samt Petitionen,**

   Berichterstatter Abg. Straub.

Die Sitzung wird eröffnet nach ¼5 Uhr.

Es werden zunächst folgende Eingänge bekanntgegeben:

A. Petitionen und ähnliches:

1. Vorstellung des Erzbischöflichen Ordinariats Freiburg, die Stellung der Kirche im Staat betr.;
2. Bitte der Bürgerschaft von Eichtersheim in Betreff der Stammgüter (Resolution und Denkschrift).

   Die Eingänge unter OZ. 1 und 2 sind unter Vorbehalt der Zustimmung des Hauses bereits der Verfassungskommission überwiesen worden.
3. Bitte des Verwalters F. Stolzenberg in Bruchsal um Beistand zur Erlangung rückständiger Militärrente;
4. Bitte der Kolonisten und Pächter in den Tälern der Raumünzach, Schwarzenbach, Hundsbach und Biberach um Beseitigung des Obereigentums im Bereich des Forstamts Herrenwies;

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg